

Berlin

Dienstag, 14. Mai 1918



1794

# Zeitung

Die Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

an Sonn- und Festtagen  
Beilagen und Rubriken:  
Für Reise und Wanderung,  
meine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 2.80 M. oder vierteljährlich 8.40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Teuerungs-  
zuschlag 80 %/o, Stellengesuchs 60 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.  
Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Verwaltung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800,  
11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Form den Bestand der Monarchie gesichert hat, und in der Ueberzeugung, daß in seiner künftigen Form ebenfalls die volle Bürgerschaft für die dauernde Sicherheit enthalten sein wird. Bei der jetzt in Aussicht genommenen Neugestaltung sind zwei Veltgedanken fest zu halten: Der erste besteht darin, daß auch das neue Bündnis, wenn auch im Inhalt von dem alten unterschieden, den Charakter wie dieses haben wird, nämlich, daß es dem Zweck der Sicherung gegen Angriffe von drei Seiten dienen soll. Der

zweite leitende Gedanke, der aus den Erfahrungen des Weltkrieges abgeleitet ist, besteht darin, daß das Bündnis nicht mehr gegen eine einzelne und bestimmte Macht der beiden Mittelmächte aufgestellt wird, da es sich ja gezeigt hat, daß die Mittelmächte gegen eine Vielzahl von Feinden anzukämpfen hatten, und daß es durchaus nicht feststeht, ob wir nicht auch in Zukunft wieder einmal einer vielgliedrigen Mächtekoalition gegenübergestellt werden könnten.

## Der angebliche zweite Brief Kaiser Karls.

Drachmeldung der „Vossischen Zeitung“

hd Genf, 13. Mai.

Die Enthüllungen des Pariser Korrespondenten des „Manchester Guardian“ liegen jetzt in den in Genf eingetroffenen Blättern vom 8. Mai vor. Sie lauten:

Es scheint, daß der zweite Brief des Kaisers von Österreich viel wichtiger ist als der erste. Der Kaiser erklärt, überzeugt zu sein, es werde ihm gelingen, Deutschland zum Frieden zu veranlassen, vorausgesetzt, daß die Gebietsansprüche der Alliierten sich auf Elsaß-Lothringen beschränken. Es würde selbstverständlich abgemacht werden, daß die besetzten Gebiete geräumt und die Unabhängigkeit und Souveränität Belgiens bedingungslos wieder hergestellt würden. Der Kaiser erklärt, er sei der Zustimmung Bulgariens bereits sicher. Er bittet, den vertraulichen Charakter des Briefwechsels zu respektieren und fügt hinzu, er sei dessen auch sicher, da er das Ehrenwort der französischen Regierung habe, die ihn nicht verraten werde.

Im Laufe der Verhandlungen machte Poincaré den Vorschlag, daß Österreich Triest und das Trentino im Austausch gegen Schlessien an Italien abtrete. Kaiser Karl antwortete dem Präsidenten Poincaré, dieser Vereinbarung stehe von vornherein das Hindernis im Wege, daß Österreich Triest und das Trentino besetzt halte, Frankreich aber nicht Schlessien.

Das Schriftstück enthält auch die Erklärung einer hervorragenden österreichischen Persönlichkeit, in Deutschland werde auf das Bestreben der sozialistischen Minderheit sofort die Revolution ausbrechen im Falle Deutschland sich nicht zugänglich zeige und falls zwischen Österreich und den Alliierten ein Waffenstillstand abgeschlossen würde. Hierzu ist zu bemerken — so fährt der Korrespondent des „Manchester Guardian“ fort —, daß der im vergangenen August Briand gemachte Vorschlag die Zuversicht des Kaisers Karl zum Ausdruck bringt, es stehe in seiner Macht, Deutschland zum Friedensschlusse zu bringen. Nach der Angabe Briands enthielten diese Vorschläge die Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich, Triests und des Trentino an Italien. Deutschland habe aber gewisse Kompensationen auf Kosten Rußlands verlangt.

Ribot und Painlevé, so heißt es in dem Bericht des „Manchester Guardian“ weiter, antworteten am 30. April auf die ihnen vom Untersuchungsausschusse der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten gestellte Fragen. Die Grundlage ihrer Darstellung war: man habe wählen müssen zwischen der Ablehnung der österreichischen Vorschläge und dem Bruch mit Italien, und sie hielten sich für verpflichtet, die erste Alternative zu wählen. Ribot gibt zu, daß Lloyd George sich zur Ablehnung dieser ablehnenden Antwort, die Sonnino dringend verlangte, nur nach starkem Jögern verstand. Die dem Ausschusse vorgelegten Dokumente zeigen, daß Lloyd George mehrere Male auf die Bedeutung der österreichischen Vorschläge hinwies und betonte, es wäre doch zu wünschen, eine so günstige Gelegenheit zum Friedensschlusse nicht zu veräumen. Poincaré war jedoch entgegengekehrter Auffassung. Er widersetzte sich grundsätzlich jeder Friedensverhandlung, da er der Meinung war, der Krieg könne nur durch den vollständigen militärischen Sieg der Alliierten beendet werden. Im Ausschusse wurden sodann die Vorschläge des Kaisers Karl en bloc und diskussionslos zurückgewiesen.

Anscheinend war Albert Thomas das erste französische Kabinettsmitglied, das von den Vorschlägen des Kaisers Kenntnis hatte. Ribot erfuhr hiervon nach seiner Rückkehr aus Rußland nach Frankreich, d. h. im Juni 1917. Kein anderes Kabinettsmitglied außer Painlevé und Thomas wußte etwas davon, als Ribot Ende September demissionierte und Painlevé seine Nachfolge übernahm.

Was die Briand gemachten Vorschläge anbelangt, so hat Ribot vor der Ablehnung dieser Vorschläge nicht alle Alliierten befragt. Wie bei dem Brief Kaiser Karls, so holte er auch hier nur die Meinung der englischen und der italienischen Regierung ein. Die russische Regierung hat also zu der ablehnenden Antwort ihre Zustimmung nicht gegeben. Sie wurde von den Vorschlägen erst in Kenntnis gesetzt, nachdem sie abgelehnt worden waren. Gleichzeitig wurde Präsident Wilson davon benachrichtigt; es war zu spät, als daß seine Meinung irgendeinen Einfluß hätte haben können. Zu dieser Zeit war in Rußland noch Kerenski an der Macht, und es ist möglich, daß die Ablehnung der Friedensvorschläge durch Frankreich, Großbritannien und Italien, ohne daß

die übrigen Alliierten befragt worden wären, dazu beigetragen hat, seine Stellung unhaltbar zu machen. Die belgische und rumänische Regierung hatten indessen von den Vorschlägen an Briand Kenntnis. Einige waren der Meinung, Briand solle nach der Schweiz reisen, um sich dort mit dem im Namen Deutschlands auftretenden Baron v. Landen zu treffen. Die belgische Regierung kannte diese Vorschläge sogar noch vor Briand, denn diese Vorschläge waren durch Vermittlung eines belgischen Diplomaten an Briand gelangt.

Es scheint durchaus sicher, heißt es im „Manchester Guardian“ zum Schluß, daß Clemenceau die Erlaubnis der Alliierten zur Veröffentlichung des Briefes von Kaiser Karl nicht eingeholt hat. Es liegt im Interesse der Alliierten, daß öffentlich erklärt wird, ob gute Gründe zur Ablehnung des Angebotes Kaiser Karls vorliegen. Die Weigerung, diese Gründe öffentlich bekanntzugeben, wird sicher als Beweis betrachtet werden, daß sie schlecht waren. Die kürzlich gehaltene Rede Sonninos, in der er jede Diskussion ablehnte, und die Weigerung Bonar Saws, auf eine Anfrage über den Kaiserbrief zu antworten, werden als klarer Beweis hingestellt, daß die englische und italienische Regierung die Sache vertuschen wollten.

hd Genf, 13. Mai.

Den Mitteilungen des „Manchester Guardian“ über den angeblichen Inhalt des zweiten Briefes Kaiser Karls fügt die hier erscheinende Zeitung „La Feuille“ noch folgende Angaben hinzu:

Nachdem Kerenski im Mai 1917 die Regierung übernommen, schlug er den Alliierten die Einleitung von Friedensverhandlungen vor. Die übereinstimmende ablehnende Antwort der Entente-Regierungen lief bei der russischen Regierung Mitte Juni ein. In diesem Augenblicke waren Verhandlungen mit Österreich im Gange, aber Kerenski hatte davon keine Kenntnis, da die Existenz des Kaiser-Briefes den vorherigen beiden provisorischen russischen Regierungen verheimlicht worden war.

Im Mai kamen die französischen sozialistischen Abgeordneten Moutet und Cahin aus Petersburg zurück, vollkommen zu dem Gedanken einer internationalen sozialistischen Konferenz bekehrt. Auf Grund ihrer eindringlichen Vorstellungen nahm der Landeskongreß der französischen sozialistischen Partei die russische Einladung nach Stockholm einstimmig an. Ribot erklärte sich zunächst bereit, die Pässe nach Stockholm auszuhandigen, verweigerte sie später aber, beeinflusst durch die heftige Opposition des Senats, die von Clemenceau und einigen Kabinettsmitgliedern eiletet wurde. Am 5. Juni kündete Ribot in der Kammer seinen Beschluß an, die Pässe für die Konferenz zu verweigern, und erhielt die Zustimmung einer starken Mehrheit.

Auch die ursprüngliche Stellung Lloyd Georges war der Stockholmer Konferenz günstig. Diese Haltung war wahrscheinlich zum größten Teil auf den Brief Kaiser Karls zurückzuführen. Es liegt Grund zur Annahme vor, daß er den ersten Wunsch hatte, zu einer Verständigung mit Österreich zu gelangen, und daß er sich der Bedeutung des kaiserlichen Vorschlags klar bewußt war. Der erste Eindruck Ribots stand wahrscheinlich unter dem gleichen Einfluß. Hätte die Stockholmer Konferenz stattgefunden, so würde sie vermutlich einen viel größeren Dienst geleistet haben, als diejenigen, die den Brief des Kaisers Karl nicht kannten, annehmen konnten. Gleich von Anfang an war, was Frankreich anbelangt, die Aktion Clemenceaus der Hauptfaktor des Widerstandes gegen die Konferenz. Es liegt aber auch Grund zu der Annahme vor, daß die kategorische Weigerung Poincarés und Sonninos auch Ribot und Lloyd George beeinflusst haben.

Das Wiener Korrespondenzbüro veröffentlicht die oben von unserem Genfer Korrespondenten gegebenen Enthüllungen des „Manchester Guardian“ in einem kürzeren Auszug, in dem namentlich die Stelle über den Baron von der Landen fehlt. Dazu bemerkt W. L. B.: